

Venezuela: Die eskalierende Repression der Regierung und ihre Versuche, sich der Kontrolle zu entziehen, werden von der internationalen Zivilgesellschaft scharf verurteilt

16.02.2024

Die unterzeichnenden internationalen Organisationen verurteilen die angekündigte Ausweisung der Mitglieder des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in Venezuela aufs Schärfste, da die Repressionen der Regierung im Vorfeld der geplanten Präsidentschaftswahlen deutlich zugenommen hatten. Diese Entwicklungen stehen in einem größeren Zusammenhang mit systematischen Angriffen auf politische Gegner und Menschenrechtsverteidiger*innen und der Aushöhlung der bürgerlichen Freiheiten.

Am 9. Februar 2024 wurde die bekannte Menschenrechtsverteidigerin Rocio San Miguel auf dem Flughafen von Caracas in Venezuela willkürlich festgenommen, als sie mit ihrer Tochter unterwegs war. Ihre Festnahme folgt einem Muster systematischer willkürlicher Verhaftungen und kurzfristigen Verschwindenlassens in dem Land. Der Generalstaatsanwalt bestätigte zwar ihre Festnahme, gab jedoch keine Auskunft über ihren Verbleib, obwohl sich ihr Anwaltsteam bemühte, sie ausfindig zu machen. Einige von San Miguels Familienmitgliedern wurden ebenfalls festgenommen und später wieder freigelassen. San Miguel und ihr Ex-Partner befinden sich nach wie vor in Haft, angeblich in der Zentrale des bolivarianischen Geheimdienstes (SEBIN) bzw. der Generaldirektion für militärische Spionageabwehr (DGCIM). Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Erklärung konnten weder Familienangehörige noch Anwälte sie sehen.

Am 15. Februar kündigte die venezolanische Regierung an, die Tätigkeit des OHCHR auszusetzen, was eine besorgniserregende Eskalation der Versuche des Landes signalisiert, sich der internationalen Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu entziehen. Diese Entscheidung kam kurz nachdem das OHCHR seine Besorgnis über die Inhaftierung von San Miguel geäußert hatte, indem es feststellte, dass "ihr Aufenthaltsort unbekannt bleibt, was ihre Inhaftierung möglicherweise als erzwungenes Verschwinden qualifiziert". Die angekündigte Aussetzung erfolgte auch einen Tag nach der Veröffentlichung des Berichts des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung über seinen jüngsten Besuch in Venezuela.

Das OHCHR hat, auch durch seine Präsenz in Caracas, eine wichtige Rolle bei der Überwachung und Dokumentation der Menschenrechtsslage im Land gespielt und Opfern und Überlebenden Unterstützung und Hilfe angeboten. Die Entscheidung, seine Präsenz auszusetzen, schafft daher unmittelbare Schutzlücken für gefährdete Einzelpersonen und Gemeinschaften, da sich die Menschenrechtsslage weiter verschlechtert.

Wir fordern die Staaten, den UN-Menschenrechtsrat und die gesamte internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, auf die Wiederherstellung einer effektiven OHCHR-Präsenz im Land und die Freilassung aller willkürlich aus politischen Gründen Inhaftierten zu drängen.

Wir rufen auch den UN-Menschenrechtsrat auf, aktiv auf die Verlängerung des Mandats der Untersuchungsmission (FFM) in Venezuela im September 2024 hinzuwirken. Die Arbeit der FFM hat entscheidend dazu beigetragen, grobe Menschenrechtsverletzungen und internationale Verbrechen in Venezuela zu untersuchen, von denen einige möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, sowie strukturelle Muster und potenzielle Täter dieser Verbrechen und Verstöße zu ermitteln. Die Arbeit der FFM, auch im Rahmen ihres Mandats zur öffentlichen Berichterstattung, ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, um die

internationale Gemeinschaft auf die derzeitigen Repressionsmuster und die Gefahr einer weiteren Verschlechterung aufmerksam zu machen. Die FFM ist auch von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, den UN-Mitgliedsstaaten Empfehlungen für wirksame Präventions- und Abhilfestrategien angesichts der zunehmenden gezielten Verfolgung und systemweiten Repression zu geben.

Besorgte Regierungen und internationale Akteure, internationale Organisationen und Justizmechanismen müssen in ihrem Engagement für die Wahrung der Menschenrechte in Venezuela standhaft bleiben, auch während der bevorstehenden Sitzung des UN-Menschenrechtsrates.

Organisationen

Amnesty International

CADAL

Zentrum für Gerechtigkeit und internationales Recht (CEJIL)

Zentrum für bürgerliche und politische Rechte (CCPR-Zentrum)

Zentrum für das Studium von Recht, Gerechtigkeit und Gesellschaft - Dejusticia

Zentrum für rechtliche und soziale Studien (CELS)

CUBALEX

Stiftung für Rechtsstaatlichkeit

Franziskaner International

Fundación Observatorio de Derechos Humanos y Justicia

Fundación para la Justicia y el Estado Democrático de Derecho

Global Centre for the Responsibility to Protect

Honduras Libre D19

Human Rights Watch

Stiftung Observatorium für Menschenrechte und Gerechtigkeit

Mit lauter Stimme

Instituto de Defensa Legal (IDL)

Internationale Juristenkommission

Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH), im Rahmen der Beobachtungsstelle für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern

Internationales Institut für Rasse, Gleichberechtigung und Menschenrechte (Race and Equality)

Internationaler Dienst für Menschenrechte

Proética, peruanische Ausgabe von Transparencia Internacional

Robert F. Kennedy Menschenrechte

Washingtoner Büro für Brasilien

Washingtoner Büro für Lateinamerika (WOLA)

Weltorganisation gegen Folter (OMCT), im Rahmen der Beobachtungsstelle für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:

<https://www.amnesty.org/en/latest/press-release/2024/02/venezuela-the-governments-escalating-repression-and-attempts-at-evading-scrutiny-face-resounding-condemnation-from-international-civil-society/>